

## Substanzielles Protokoll 33. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Samstag, 13. Dezember 2014, 8.30 Uhr bis 12.16 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |   |     |
|----|--------------------------|---|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen  |     |
| 4. | <a href="#">2014/280</a> | Weisung vom 10.09.2014:<br>Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und<br>Produktgruppen-Globalbudgets)  | FV  |
| 5. | <a href="#">2014/382</a> | E Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 26.11.2014:<br>Vermehrte Berücksichtigung von Velomassnahmen bei<br>Strassenbauprojekten sowie Lärmsanierung von Strassen mit<br>Massnahmen an der Quelle | VTE |
| 6. | <a href="#">2014/384</a> | E Postulat von Matthias Probst (Grüne) vom 26.11.2014:<br>Ausschliessliche Installation der kostengünstigen Velo-<br>abstellbügel Typ «Veloagraffe»   | VTE |

## **Mitteilungen**

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **591. 2014/405**

#### **Erklärung der SVP-Fraktion vom 13.12.2014:**

#### **Ausschreitungen in den Kreisen 4 und 5 vom 12. Dezember 2014**

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Nulltoleranz-Politik gegenüber Chaoten

In der Nacht von gestern Freitag auf heute Samstag wüteten stark vermummte und äusserst gewaltbereite Randalierer in den Zürcher Stadtkreise 4 und 5. In einem an Gewaltpotential und Zerstörungswut kaum zu überbietenden Saubannerzug richteten die Chaoten hohe Sachschäden an privatem und öffentlichem Eigentum an, welcher mindestens einige 100'000 Franken hoch sein dürfte. Polizisten wurden von Vermummten extrem Gewaltbereiten in einer kaum je dagewesenen Aggressivität und Brutalität angegriffen. Es muss alles unternommen werden, um die Verantwortlichen ermitteln zu können. Diese sind ohne Wenn und Aber für ihre Taten vollumfänglich zur Verantwortung zu ziehen.

Mit seiner Haltung gegenüber militanten Hausbesetzern schafft der Zürcher Stadtrat ein Klima, in welchem sich ein solches Chaotentum entwickeln und gedeihen kann. Unzählige Male in der Vergangenheit bildeten sich derartige Saubannerzüge im Umfeld besetzter Häuser. Die jeweilige Bilanz war ernüchternd: Extrem hohe Sachschäden jeweils an privatem und öffentlichem Eigentum. Doch der Zürcher Stadtrat duldet weiterhin jegliche Art von Hausbesetzungen. Er weigert sich, illegal besetzte Liegenschaften polizeilich zu räumen.

Die SVP fordert den Stadtrat auf, jetzt sofort zu handeln! Seine Lari-fari-Politik gegenüber Hausbesetzern hat definitiv ausgedient. Die Zeiten des Nichtstuns, des Zusehens und des Duldens sind vorbei. Das besetzte Kochareal ist innert 24 Stunden polizeilich zu räumen. Sämtliche Personen, welche sich im besagten Areal aufhalten, sind polizeilich, also erkennungsdienstlich, zu registrieren. Gegenüber Hausbesetzern muss eine Nulltoleranz-Politik gelten. Die Bevölkerung und die Gewerbetreibenden unserer Stadt haben genug von zerstörerischen Saubannerzügen durch Zürich.

#### **Persönliche Erklärungen:**

Niklaus Scherr (AL) hält eine persönliche Erklärung zu den Ausschreitungen in den Kreisen 4 und 5 vom 12. Dezember 2014.

Urs Fehr (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu den Ausschreitungen in den Kreisen 4 und 5 vom 12. Dezember 2014.

Michael Schmid (FDP) hält eine persönliche Erklärung zu den Ausschreitungen in den Kreisen 4 und 5 vom 12. Dezember 2014.

**G e s c h ä f t e**

**577. 2014/280  
Weisung vom 10.09.2014:  
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-  
Globalbudgets)**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 32 Beschluss-Nr. 577/2014).

Beschlüsse:

Antrag 245.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Es geht um Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung. Wir haben auf diesem Konto bei den tabellarischen Anträgen bereits 8300 Franken gekürzt. Der Antrag der Mehrheit reduziert sich auf 31 700 Franken. Auf diesem Konto ist eine Reserve von 33 000 Franken eingeplant. Unserer Meinung nach sollte aufgrund der angespannten Finanzlage das Budget um die entsprechende Reserve gekürzt werden.*

**Andrea Nüssli (SP):** *83 000 Franken entsprechen ungefähr dem Durchschnitt der Reserven in den vergangenen vier bis fünf Jahren. Der Betrag ist nötig, um bei Unvorhergesehenem rasch handeln zu können, bevor es teuer wird.*

S. 286	40 4015 3186 0000	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>245.</b>	Antrag Stadtrat			83 000	Minderheit
			31 700	51 300	Mehrheit
					Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
		Begründung:	Auf die noch nicht verplante Reserve und andere Coaching Projekte soll verzichtet werden		

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 020. (pauschale Kürzungen) beantragt die Mehrheit neu eine Kürzung um 31 700 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 76 gegen 47 Stimmen zu.

Antrag 246.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Im tabellarischen Antrag wurde hier eine Kürzung von 15 000 Franken vorgenommen. Deshalb würde sich der neue Antrag der Mehrheit ebenfalls auf 15 000 Franken bemessen. Damit wären wir auf dem Niveau vor der Rechnung 2013.

**Andrea Nüssli (SP):** Es ist wichtig, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Weiterbildungen besuchen können. Als städtischer Arbeitgeber möchten wir Aus- und Weiterbildungen weiterhin ermöglichen.

S. 288	<b>40 4020 3091 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Aus- und Weiterbildung des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>246.</b>	Antrag Stadtrat				150 000	Minderheit
			15 000		135 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP) Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP)
			Begründung:	Siehe Rechnung 2013		

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 001. (pauschale Kürzungen) beantragt die Mehrheit neu eine Kürzung um 15 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 77 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 247.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Simon Kälin (Grüne):** Es geht um Projekte im Zusammenhang mit der 2000-Watt-Gesellschaft. Der Stadtrat will den Vorjahresbetrag um die Hälfte reduzieren. Wir Grünen sind der Meinung, dass man die 2000-Watt-Gesellschaft konsequent und geradlinig weiterverfolgen muss. Bei diesem Portfolio verschiedener Studienprojekte geht es um die notwendigen Grundlagen, um Hilfsmittel und darum, dass man die erforderlichen Kenntnisse auf wissenschaftlicher Basis erarbeitet. Die Sanierung der Gebäudehüllen stellt klar den grössten Hebel für den Klimaschutz dar. Sie führt zu grossen Einsparungen bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen und bringt auch in ökonomischer Hinsicht einen Nutzen. Die Nebenkosten dieser Gebäude werden langfristig gesenkt. Auch die aktuell sehr hohe Auslandabhängigkeit bei den fossilen Brennstoffen kann reduziert werden. Jeder Franken, der in die Gebäudehüllen und in begleitende Projekte investiert wird, ist gut investiertes Geld.

**Raphaël Tschanz (FDP):** Wir sind der Ansicht, dass der Stadtrat mit dem eingestellten Betrag seinem Auftrag in diesem Bereich genügend nachkommt.

Weitere Wortmeldung:

**Stefan Urech (SVP):** Die SP will gemäss Fraktionserklärung ebenfalls sparen. Nun sagt der hier zuständige SP-Stadtrat, dass diese halbe Million nicht benötigt wird. Die SP aber will hier dem Stadtrat das Geld aufzwingen, damit er es auf irgendwelche Art und Weise verbraten kann. Ich schliesse mich der Meinung von Raphaël Tschanz (FDP) an und unterstütze die Mehrheit.

S. 288	<b>40 4020 3141 0200</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Energetische/Ökologische Sanierungsmassnahmen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>247.</b>	Antrag Stadtrat			500 000	Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
				500 000	1 000 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft muss konsequent weiterverfolgt werden, Vorjahreswert übernehmen			

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 248.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Hier fand bereits eine Kürzung um 16 000 Franken statt. Wir ziehen den Antrag deshalb zurück.

S. 288	<b>40 4020 3170 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>248.</b>	Antrag Stadtrat				160 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

10 000

150 000 Mehrheit

Raphaël Tschanz (FDP)  
Referent, Vizepräsident  
Walter Angst (AL), Martin  
Bürlimann (SVP), Samuel  
Dubno (GLP), Dr. Urs  
Egger (FDP), Roger Liebi  
(SVP), Christian Traber  
(CVP)

Begründung: Siehe Rechnung 2013

Raphaël Tschanz (FDP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 249.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Aus- und Weiterbildung ist auch aus Sicht der FDP ein wichtiges Anliegen. Die Stadt verfügt über verschiedene, sehr gut dotierte Konten dafür. Wir haben kein Interesse daran, dass die Verwaltung keine Möglichkeit haben soll, ihr Personal wo nötig weiterzubilden. Wir sehen aber auch die angespannte Finanzlage. Bezüglich 17/0 haben wir noch nichts Konkretes gehört. Deshalb sind wir der Ansicht, dass überall gespart werden muss und somit auch im Bereich Aus- und Weiterbildung.*

**Andrea Nüssli (SP):** *Es geht um Vergütungen an die Dienstabteilung HR Stadt Zürich (HRZ) für Aus- und Weiterbildungen. Insofern ist es eine interne Verrechnung. Wir möchten auch diesen Posten nicht kürzen.*

S. 289 **40** **HOCHBAUDEPARTEMENT**  
**4020** **Amt für Hochbauten**  
**3900 0000** **Vergütung an HRZ für Aus- und Weiterbildung**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>249.</b>	Antrag Stadtrat			60 000 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		20 000		40 000 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP)

Begründung: Siehe Rechnung 2013

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 250.

Kommissionsreferentin:

**Rebekka Wyler (SP):** Die RPK ist einstimmig der Meinung, dass die Verdoppelung der Ausgaben für Büromaterial nicht gerechtfertigt ist und beantragt eine Kürzung um 30 000 Franken.

S. 289	40 4020 3911 0000	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Hochbauten</b> <b>Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>250.</b>	Antrag Stadtrat		30 000		85 000 55 000 Zustimmung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Die Verdoppelung für Büromaterial ist nicht nachvollziehbar

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

---

Antrag 251.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Bei den tabellarischen Anträgen wurde hier bereits eine Reduktion um 6800 Franken vorgenommen. Damit reduziert sich unser Antrag auf eine Kürzung um 61 200 Franken. Die Minderheit ist der Ansicht, dass aus den Antworten des Hochbaudepartements zu wenig klar hervorgeht, was hier wirklich eingestellt wurde. Es fehlt an Transparenz. Deshalb soll das Budget entsprechend reduziert werden.

**Andrea Nüssli (SP):** Es geht um die Fahrtkosten des Personals im Amt für Baubewilligungen. Wird dieser Posten gekürzt, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Störungen auf Baustellen und in Liften nicht mehr vorbeikommen. Wir wollen die Sicherheit an diesen Orten nicht gefährden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Es wurde gefragt, um welche Reisen es sich genau handle. Das Amt für Baubewilligungen ist eine hoheitliche Behörde zur Umsetzung von Baugesetz, Baurecht und Baukontrolle. Wir sprechen hier von den Fahrtkosten der Mitarbeiter, die die Baukontrollen vornehmen müssen.

S. 291	40 4035 3170 0000	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Baubewilligungen</b> <b>Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
251.	Antrag Stadtrat				68 000 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			61 200		6 800 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
		Begründung:	Mangelnde Transparenz			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 017. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 61 200 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 252.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Es geht um drei Portfolio-Manager-Stellen, die gemäss einer Weisung des Stadtrats eingestellt und letztes Jahr im Budget zurückgestellt wurden. Unserer Meinung nach können die Aufgaben im Rahmen der verfügbaren Stellen erfüllt werden. Angesichts der angespannten Finanzlage sollte auf eine Besetzung der drei Stellen 2015 verzichtet werden.

**Andrea Nüssli (SP):** Mit der Weiterentwicklung eines professionellen Portfolio-Managements und der sorgfältigen Auseinandersetzung mit dem Raumbedarf und Raumangebot in unserer Stadt können gezielt Raumlösungen gefunden und teure Fremdlösungen vermieden werden. Das Synergiepotenzial ist ausgewiesen. Die Gegenseite will diese nicht wahrnehmen. Alle drei Stellen zu streichen, wäre fahrlässig. Die SP beantragt, nur eine davon zu streichen.

Weitere Wortmeldung:

**Felix Moser (Grüne):** Es geht um die Koordination des städtischen Raumbedarfs und die Arbeiten an der Räumlichen Entwicklungsstrategie RES 9. Das sind unseres Erachtens wichtige Arbeiten. Wir werden deshalb mit dem Stadtrat stimmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Die drei Portfolio-Stellen sind nicht besetzt. Es ist ein grosses Anliegen aus dem Rat, dass man, auch im Zusammenhang mit RES 9, einen Schritt weiter kommt. Es geht um die öffentlichen Bauten und Infrastrukturen der Stadt. Wenn wir die Stellen nicht erhalten, wird es nicht vorangehen, da dann Ressourcen fehlen. Es können keine Stellen aus der IMMO umgelagert werden. Die Mitarbeitendenbefragungen müssen ernst genommen werden. Viele bewegen sich im roten Bereich. Ich muss



*hier auch meine Fürsorgepflicht wahrnehmen und in deren Rahmen sagen, dass Vieles verlangsamt umgesetzt werden muss oder für den Moment nicht umgesetzt werden kann.*

S. 293	<b>40 4040 3010 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>252.</b>	Antrag Stadtrat		330 000		31 930 000 31 600 000	Mehrheit
			110 000		31 820 000	Minderheit
						Enthaltung
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP) Andrea Nüssli (SP) Refe- rentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Florian Utz (SP) Felix Moser (Grüne)
						Begründung: SP: Verzicht auf 1 neuen Portfolio-Manager; FDP/SVP/GLP/AL/CVP: Verzicht auf die 3 neuen Portfolio-Manager-Stellen

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(31 930 000)	14 Stimmen
Antrag Mehrheit	(31 600 000)	71 Stimmen
Antrag Minderheit	(31 820 000)	<u>39 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

#### Antrag 253.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Der Betrag wurde bereits gekürzt. Wir ziehen den Antrag deshalb zurück.*

S. 293	<b>40 4040 3091 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Aus- und Weiterbildung des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>253.</b>	Antrag Stadtrat				330 000	Mehrheit
			20 000		310 000	Minderheit
						Enthaltung
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP) Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP)
		Begründung:	Zurück auf Budget 2014			

Raphaël Tschanz (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 254.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Schwendener (SVP):** *Dieser Klassiker kommt alle Jahre wieder. Es werden Geräte angeschafft, die man hier verboten hat: Laubbläser, Schneeschleudern. Kühlschränke. Alle wollen sparen, aber niemand tut es. Das Konzept ist nicht überdacht. Die Fahrzeuge werden angeschafft, bevor man weiss, wo man sie hinstellen will. Hier kann ganz klar gespart werden. Diese Anschaffungen können gezielt über zwei bis drei Jahre getätigt werden. Wir müssen ein Zeichen setzen. Wir können hier eine Verbesserung von 351 000 Franken erreichen.*

**Felix Moser (Grüne):** *Ich zweifle daran, dass Thomas Schwendener (SVP) die Antworten bezüglich der Anschaffungen genau gelesen hat. Wären Laubbläser enthalten, würden auch wir eine Kürzung beantragen. Es war lediglich eine Liste enthalten, die auswies, wer zuständig für welche Gerätetypen ist. Das heisst aber nicht, dass die entsprechenden Geräte alle im nächsten Jahr angeschafft werden. Der Mehrbedarf auf diesem Konto kommt vor allem daher, dass gewisse Ausgaben vom Sportamt und von den Sozialen Einrichtungen und Betrieben auf dieses Konto verschoben werden.*

S. 293	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>			
	<b>4040</b>	<b>Immobilien-Bewirtschaftung</b>			
	<b>3111 0111</b>	<b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>254.</b>	Antrag Stadtrat			856 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		351 000		505 000 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Maschinenbewirtschaftung gezielter planen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

---

#### Antrag 255.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Die Vorhänge in grossen Räumen in Schulanlagen, so zum Beispiel in Singsälen, müssen nach einer gewissen Zeit gereinigt oder ersetzt werden. Nebenbei: Hier wird jedes Jahr gleich viel eingestellt, obwohl unsere Stadt wächst und jedes Jahr mehr Schulen gebaut werden. Richtigerweise müsste man nach der Logik des Stadtrats einen höheren und nicht einen tieferen Betrag einstellen. Dennoch beantragen wir aufgrund der sehr düftigen Antworten des Hochbaudepartements, dass der Betrag um 41 000 Franken gekürzt wird.

**Felix Moser (Grüne):** Die Erneuerungen der Vorhänge bringen Kosten mit sich. Der Stadtrat hat den Betrag begründet. Die Mehrheit ist der Meinung, dass der Betrag bewilligt werden soll. Meines Wissens sind die Reinigungskosten im Übrigen nicht auf diesem Konto eingestellt.

Weitere Wortmeldung:

**Stefan Urech (SVP):** Die Antwort auf unsere Frage, warum jedes Jahr so viel Geld für die Vorhänge benötigt wird, war für uns nicht nachvollziehbar.

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3114 0200</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Anschaffungen Vorhänge und übrige Textilien Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>255.</b>	Antrag Stadtrat				165 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			41 000		124 000 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Zurück auf Budget 2014			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

#### Antrag 256.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** *Es geht um Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien in öffentlichen Einrichtungen. Wir haben vom Hochbaudepartement Antworten erhalten, die auf für uns nicht nachvollziehbaren Erfahrungswerten beruhen. Wir beantragen deshalb, diesen Budgetposten um 171 000 Franken zu kürzen.*

**Felix Moser (Grüne):** *Die Minderheit konnte die Antworten des Hochbaudepartements nachvollziehen. Es geht unter anderem um Kosten für Schlüssel, wenn eine Abteilung umziehen muss. Die Kosten sind somit begründet.*

S. 294	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3130 0105</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>256.</b>	Antrag Stadtrat				3 237 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			171 000		3 066 000 Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
			Begründung: Erfahrungswerte liegen anders			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten der Ratspräsidentin zu.

Antrag 257.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Bei diesem Antrag geht es um Unterhalt und Reinigung von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens: Schule. Budgetiert sind 28 258 000 Franken. Die Mehrheit ist zum Schluss gekommen, dass in diesem Bereich noch Luft nach oben ist und 1 % eingespart werden kann. Wir beantragen deshalb eine Kürzung um 280 000 Franken.

**Felix Moser (Grüne):** Die Minderheit ist der Meinung, dass man hier grundsätzlich mit dem Stadtrat stimmen kann, möchte aber dennoch eine kleine Kürzung vornehmen. Wir beantragen, die Unterhaltskosten für Video-Überwachungsanlagen bei Schulanlagen zu streichen. Wir erachten Kameras bei Schulanlagen für unnötig. Kameras auf Schulplätzen sind störend und es ist nicht klar, ob sie einen finanziellen Nutzen bringen.

S. 294	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>				
	<b>4040</b>	<b>Immobilien-Bewirtschaftung</b>				
	<b>3141 0201</b>	<b>Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>257.</b>	Antrag Stadtrat				28 258 000	
			80 000		28 178 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			280 000		27 978 000	Mehrheit
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
		Begründung:	GLP/SVP/FDP/CVP: 1 % einsparen; Grüne/SP/AL: Video-Überwachung von Schulanlagen reduzieren			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(28 258 000)	0 Stimmen
Antrag Minderheit	(28 178 000)	62 Stimmen
Antrag Mehrheit	(27 978 000)	<u>62 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten der Ratspräsidentin zu.

Antrag 258.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Es geht um den Unterhalt der Maschinen-, Geräte- und Fahrzeugverwaltung der IMMO. Die Minderheit ist der Ansicht, dass man auf diesem Konto einen kleinen Betrag einsparen und zurück auf das Budget 2014 gehen könnte. Wir beantragen eine Kürzung von 187 000 Franken.

**Felix Moser (Grüne):** Das Hochbaudepartement hat die Maschinen vom Sportamt und von den Sozialen Einrichtungen und Betrieben übernommen. Deshalb ist auch mehr Geld für den Unterhalt notwendig.

S. 295	40 4040 3151 0106	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge Verwaltung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>258.</b>	Antrag Stadtrat			187 000	536 000 Mehrheit          349 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Zurück auf Budget 2014			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 259.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Auch hier geht es um den Unterhalt von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen, allerdings auf einem anderen Konto, das im tabellarischen Teil nicht abgedeckt ist. Die Minderheit beantragt, zurück auf das Budget 2014 zu gehen und den Budgetposten entsprechend um 320 000 Franken zu kürzen.

**Felix Moser (Grüne):** Die Mehrheit hält eine Kürzung nicht für sinnvoll. Beim Unterhalt von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen an Schulen wurde in den letzten Jahren viel gespart. Deshalb ist nun für den Unterhalt etwas mehr notwendig.

S. 295	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3151 0204</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>259.</b>	Antrag Stadtrat				675 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			320 000		355 000 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Zurück auf Budget 2014			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

---

#### Antrag 260.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Es geht um Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter, die nicht im tabellarischen Teil abgedeckt sind. Die Minderheit ist der Ansicht, dass auf diesem Konto durchaus Spielraum vorhanden ist und beantragt eine Kürzung um 501 900 Franken.

**Felix Moser (Grüne):** Bei diesem Antrag wurde für 2015 bereits weniger eingestellt als für 2014. Wir halten deshalb eine Kürzung auf diesem Konto nicht für sinnvoll.

S. 296	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3180 0111</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>260.</b>	Antrag Stadtrat				5 019 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			501 900		4 517 100 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Kürzung um 10 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

---

Antrag 261.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Auf diesem Konto geht es um Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter für die Entfernung von Schmierereien. Uns erschliesst sich nicht, weshalb dieser Posten jedes Jahr steigen sollte. Wir haben nicht den Eindruck, dass die Schmierereien zunehmen. Deshalb beantragen wir eine Kürzung um 41 000 Franken.

**Felix Moser (Grüne):** Es mag zwar ein interessanter Aspekt sein, die Schmierereien – wenn künstlerisch wertvoll – stehen zu lassen. Grundsätzlich sind wir aber der Meinung, dass man sie wieder entfernen sollte.

S. 296	40 4040 3180 0700	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Entschädigungen für Entfernung von Schmierereien</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>261.</b>	Antrag Stadtrat				410 000	Mehrheit
			41 000		369 000	Minderheit
			Begründung:	Kürzung um 10 %		
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 262. und 263.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Investitionen im Hochbauamt werden jeweils nicht ganz ausgeschöpft. Die Mehrheit möchte bei Antrag 263 eine Korrektur vornehmen. Die Kürzung ist ungefähr in der Höhe von 10 % des geplanten Investitionsvolumens, welches wiederum im Schnitt um 20 % nicht ausgeschöpft wird. Man hat hier eine gewisse Sicherheitsmarge eingeplant. Die Folge davon wäre eine Kürzung bei den Abschreibungen auf Antrag 262.

**Andrea Nüssli (SP):** Diese Kürzungen sind unter dem Begriff Budgetkosmetik abzubuchen. Es ist nicht gemeint, dass man bereits gestartete Projekte stoppen möchte. Das wäre teuer. Doch man möchte vielleicht damit künftige Investitionen bremsen. Die Einhaltung der Abschreibungskosten wird zudem über mehrere Jahre verrechnet. Symbolische Streichungen wären möglich, aber konkrete Auswirkungen auf die Rechnung 2015 hätten sie schlussendlich nicht.



Weitere Wortmeldungen:

**Felix Moser (Grüne):** Die Buchungen auf den zwei Konten sind Luftbuchungen oder -kürzungen. Die Grünen stimmen hier mit dem Stadtrat.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Der Antrag wird mit der Ausschöpfung der Investitionen begründet. 2011 lag eine Ausschöpfung von 91 % vor. 2012 folgte ein Einbruch auf 58 %. Dies ist auf zwei Gründe zurückzuführen: Erstens auf die Rückweisung des Budgets 2011, bei dem die Investitionen massiv zurückgefahren werden mussten, um die Vorgaben zu erfüllen. Projekte konnten nicht gestartet werden. Das ist mit Kosten verbunden. Der zweite Grund lag darin, dass die Spitäler nicht mehr im Immobilienportfolio enthalten waren. 2013 lag man wieder bei 68 %. Die Erwartung für 2014 liegt wieder bei rund 91 %. Wir fahren bezüglich der Planbarkeit auch von der Verstetigung der Investitionen her grundsätzlich gut. Das Ziel muss sein, möglichst viel auch nutzen zu können. Das ist wiederum in Kongruenz mit den Begehren aus dem Gemeinderat. Man muss mit einer klaren Vorgabe über die Jahre hinweg fahren können. Wir sind gut gefahren und sollten weiterhin auf dieser Höhe bleiben.

S. 296	<b>40 4040 3310 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Ordentliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des Verwaltungsvermögens</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>262.</b>	Antrag Stadtrat				165 952 300 930 000 N	Minderheit Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Florian Utz (SP)
			2 300 000		164 582 300	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Enthaltung Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne)
						Begründung: Dank Pauschalabzug Realisierungswahrscheinlichkeit

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 61 gegen 41 Stimmen zu.

### Antrag 263.

Wortmeldungen siehe Antrag 262.

S. 303	<b>40 4040 599999</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Pauschalabzug Realisierungswahrscheinlichkeit Hochbauten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>263.</b>	Antrag Stadtrat				0	Minderheit Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Florian Utz (SP)

23 000 000	-23 000 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne)
Begründung: 10 % auf Nettoinvestitionen der IMMO			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 39 Stimmen zu.

---

Antrag 264.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Es geht um Vergütungen an Grün Stadt Zürich für Innenbegrünung. Für 2015 wurde eine Budgeterhöhung beantragt. Wir sind der Ansicht, dass es sich hier um ein Nice-to-Have handelt. Das Budget muss nicht zwingend erhöht werden, vor allem, wenn ein Budgetdefizit vorliegt. Deshalb beantragt die Minderheit eine Kürzung von 10 %.

**Felix Moser (Grüne):** Es gibt keinen Grund, bei der Innenbegrünung zu sparen. Es handelt sich aus unserer Sicht um wertvolle Ausgaben und Aufgaben.

S. 297	<b>40</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b>			
	<b>4040</b>	<b>Immobilien-Bewirtschaftung</b>			
	<b>3980 0592</b>	<b>Vergütung an Grün Stadt Zürich für Innenbegrünung</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>264.</b>	Antrag Stadtrat			600 000	Mehrheit
		60 000		540 000	Minderheit
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
					Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
Begründung: Kürzung um 10 %					

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 56 Stimmen zu.

---



**Dr. Urs Egger (FDP):** Wir sind überzeugt, dass der Vorsteher des TED weiss, wie seine Zentralverwaltung organisiert ist und der Antrag berechtigt ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** Wir schöpfen nun 1 Million Franken von den 3 Millionen Franken ab. Es sind aber insgesamt noch alle Sitzungszimmer enthalten. Das sind 250 000 Franken. Wir stehen demnach bei 2,8 Millionen Franken. Wir würden für das ERZ, eine der vier Dienstabteilungen, die nicht am meisten zu tun gibt, 35 % der Leistungen abschöpfen. Wir schöpfen schon jetzt 250 000 Franken mehr ab als nötig. Ich gehe davon aus, dass das ERZ vom effektiven Aufwand für alle vier Dienstabteilungen ungefähr einen Viertel darstellt. Würde man hier um weitere 700 000 Franken erhöhen, wären wir bei 1,7 Millionen Franken. Wir wären also bei 55 und 60 % Belastung. Das hat mit der effektiven, realen Belastung nicht mehr viel zu tun. Das wäre eine verdeckte Gewinnabschöpfung zu Lasten der Gebührenzahler. Wenn das der Preisüberwacher sieht, haben wir ein Problem.

S. 241	<b>35</b> <b>3500</b> <b>4980 0501</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Vergütung von ERZ, Abwasser für Verwaltungskosten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>146.</b>	Antrag Stadtrat				- 500 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)
			500 000		-1 000 000 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Erhöhung der Abgabe an zentrale Verwaltung zur Verbesserung der Kostendeckung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

#### Antrag 147.

Wortmeldungen siehe Antrag 146.

S. 241	<b>35</b> <b>3500</b> <b>4980 0502</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Vergütung von ERZ, Abfall für Verwaltungskosten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>147.</b>	Antrag Stadtrat				- 500 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)

200 000	- 700 000	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne)
Begründung: Erhöhung der Abgabe an zentrale Verwaltung zur Verbesserung der Kostendeckung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

---

Antrag 148.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Christian Traber (CVP):** *Es geht um Aus- und Weiterbildungen im Tiefbauamt. Im Vergleich mit der letzten Rechnung und dem Budget 2014, ist für 2015 massiv mehr budgetiert. Eine Begründung ist zwar vorhanden. Doch wir halten eine derart massive Erhöhung nicht für sinnvoll und beantragen eine Kürzung um 163 000 Franken.*

**Florian Utz (SP):** *Die Mehrheit ist auch hier der Meinung, dass bei den Weiterbildungen nicht gespart werden sollte. Wir würden so noch mehr als die 10 % streichen, die wir bereits gestrichen haben. Auch im Tiefbau gibt es künftig Herausforderungen. Wir halten es für richtig, entsprechende Weiterbildungen durchzuführen.*

S. 246	35 3515 3091 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Aus- und Weiterbildung des Personals</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
<b>148.</b>	Antrag Stadtrat				650 100 Mehrheit
			163 000		487 100 Minderheit
					Martin Bürlimann (SVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Begründung: Zurück auf Budget 2014					

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 001. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 163 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 46 Stimmen zu.

---

Antrag 149.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Wir beantragen bei der Personalwerbung im Tiefbauamt eine Kürzung um 10 200 Franken. Dabei geht es primär um den Verzicht von Assessments, Headhunters und Persönlichkeitstests. Vor allem bei den Assessments sind Kürzungen möglich. Das TED ist auch ohne diese Möglichkeiten in der Lage, gutes Personal zu rekrutieren. Deshalb ist die Kürzung von 10 200 Franken zusätzlich zum tabellarischen Antrag verkraftbar.

**Florian Utz (SP):** Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, dass die Personalsuche im Tiefbauamt nicht einfach ist. Bei unserem Antrag steht die «Master Person Analysis» im Vordergrund. Wenn ein guter Bauingenieur oder eine gute Bauingenieurin gefunden wird, muss unserer Meinung nach nicht noch ein Persönlichkeitstest zur psychometrischen Analyse der 9 Persönlichkeitsdimensionen gemacht werden, nur damit sich herausstellt, dass eigentlich gute Personen nicht angestellt werden sollten, weil etwa die siebte Persönlichkeitsdimension mit der zweiten Persönlichkeitsdimension nicht so gut übereinstimmt. Wir beantragen eine Kürzung um 10 000 Franken. Aufgrund der kleinen Differenz zum Antrag der Mehrheit wechseln wir nun aber zur Mehrheit.

S. 246	35 3515 3092 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Personalwerbung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>149.</b>	Antrag Stadtrat		10 000		298 000 288 000	Minderheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP)
			10 200		287 800	Mehrheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: SVP/FDP/GLP/CVP/Grüne/AL: Weniger Assessments und Headhunter einsetzen, Verzicht auf Persönlichkeitstests; SP: Keine Persönlichkeitstests «Master Person Analysis» zur psychometrischen Analyse der neun Persönlichkeitsdimensionen			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 002. (pauschale Kürzungen) beantragt die Mehrheit neu eine Kürzung um 10 200 Franken.

Florian Utz (SP) zieht namens der SP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 150. bis 153.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** *Es geht um die Projekte im Rahmen von Kunst im öffentlichen Raum (KiöR). Es gibt jene Dinge, die wirklich nötig sind, und jene, die für Einzelne allenfalls wünschbar sind. Zu letzteren gehören die KiöR-Projekte. Für die SVP sind die KiöR-Projekte in keiner Art und Weise wünschbar. Ich möchte vorausschicken, dass wir Antrag 150 zurückziehen. Wir tun dies nicht, weil wir ihn nicht wollen, sondern ich nehme an, dass die tabellarische Kürzung auf dem Konto KiöR-Projekte betrifft. Bei Antrag 153 geht es um Begriffe wie Interventionskunst, Transitkunst. Die Objekte müssen auch unterhalten und gereinigt werden. Wenn man sieht, was das Departement noch alles unter dem Begriff Kunst versteht, wird es einem immer unheimlicher. Es ist fraglich, was rostige Velorahmen, die im Kreis 5 aufgehängt werden, mit Kunst zu tun haben. Ich möchte an den Stadtrat appellieren, diese Konten auf das nächste Jahr hin zu überdenken.*

**Florian Utz (SP):** *Die Mehrheit der RPK unterstützt Kunst im öffentlichen Raum und ist überzeugt, dass diese zur Lebensqualität in unserer Stadt beiträgt. Unserer Meinung nach kann man es durchaus schön finden, auch ausserhalb eines Museums oder einer Ausstellung Kunst zu sehen. Die Mehrheit der RPK ist zudem überzeugt, dass der Stadtrat mit den Geldern auf diesen Konten umsichtig umgeht.*

Weitere Wortmeldung:

**Markus Hungerbühler (CVP):** *Wir standen den KiöR-Projekten immer schon kritisch gegenüber. Sie sind zumeist überrissen und könnten schadlos reduziert werden. Das ist auch mit der Grund, warum wir bei Antrag 152 in die Minderheit wechseln werden.*

S. 246	35 3515 3101 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> Tiefbauamt Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>150.</b>	Antrag Stadtrat				256 500	Mehrheit
			30 000		226 500	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Keine KiöR-Projekte			

Mauro Tuena (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 151.

Wortmeldungen siehe Antrag 150.

S. 247	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3149 0201</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Kleinere Neu- und Umbauten: Verbesserung der Wohnlichkeit in den Quartieren</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>151.</b>	Antrag Stadtrat				265 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			110 000	155 000 Minderheit		
			Begründung: KiöR: Keine Gasträume-Projekte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 152.

Wortmeldungen siehe Antrag 150.

S. 247	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3149 0201</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Kleinere Neu- und Umbauten: Verbesserung der Wohnlichkeit in den Quartieren</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>152.</b>	Antrag Stadtrat				265 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			30 000	235 000 Minderheit		
			Begründung: KiöR: Keine Transit-Kunst			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 49 Stimmen zu.



Antrag 153.

Wortmeldungen siehe Antrag 150.

S. 247	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3149 0302</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Kleinere Neu- und Umbauten: Übrige</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>153.</b>	Antrag Stadtrat				1 245 000	Mehrheit
			77 000		1 168 000	Minderheit
			Begründung: KiöR: Keine Gasträume-Konzepte (Fr. 10 000), Keine temporäre Interventionen-Kunst (Fr. 20 000), Keine Transit-Kunst (Fr. 20 000), Kein Unterhalt der Kunstobjekte (Fr. 12 000), Keine Reinigung der Kunstobjekte (Fr. 15 000)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 154.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass im TED bezüglich Kommunikation noch Luft nach oben besteht. Es ist nun auch ein Kommunikationsexperte vorhanden. Dieser weiss bestimmt, wo man noch sparen kann. Wir beantragen deshalb eine Kürzung von rund 10 % auf diesem Konto.

**Florian Utz (SP):** Es sollen 10 % gestrichen werden, ohne dass genau erwähnt wird, wo. Wir halten diese Rasenmäheranträge nicht für sinnvoll. Wir halten es für sinnvoller, gegebenenfalls gezielt Projekte zu streichen.

S. 247	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3107 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>154.</b>	Antrag Stadtrat				647 000	Minderheit
			60 000		587 000	Mehrheit

Begründung: Fokussierte Kommunikation, Verzicht auf nice-to-haves

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 52 Stimmen zu.

Antrag 155.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Matthias Probst (Grüne):** Um eine Baustelle zu besichtigen, braucht es meiner Meinung nach keine so teuren Fahrzeuge. Das kann man auch mit dem Velo machen.

**Martin Bürlimann (SVP):** Wir folgen dem Antrag des Stadtrats. Mit den Velos kann man die Baustellen nicht besichtigen. Die Personenwagen sind notwendig. Die Baustellen sind manchmal schwer zugänglich, es muss Material mitgenommen werden. Es sind manchmal mehrere Personen, die eine solche Baustelle besichtigen müssen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Der Veloargumentation der Grünen können wir nicht zustimmen. Es können nicht alle Personen Velo fahren. Es macht absolut Sinn, diese Baustellen mit einem Auto zu besichtigen. Diese Fahrzeuge existieren übrigens bereits. Man muss keine neuen anschaffen, sondern kann weiterhin die bestehenden benutzen.

**Mauro Tuena (SVP):** Es wäre interessant zu erfahren, wie man mit dem Velo beispielsweise einen Kompressor transportieren soll. Die Grünen sollten sich bei ihrer Begründung überlegen, wie weit diese in der Realität umsetzbar ist.

**Florian Utz (SP):** Wenn man beispielsweise einen Kompressor transportieren muss, benötigt man selbstverständlich ein Auto. Muss nichts transportiert werden, kann auch der ÖV oder das Velo benutzt werden. Es geht um Folgendes: Wir können uns eine Streichung der Neubeschaffungen sehr gut vorstellen. Deshalb unterstützen wir die Streichung grundsätzlich. Auf diesem Konto wurden aber bereits rund 53 000 Franken gestrichen. Wir sind der Meinung, dass man jene Streichung im Sinne dieses Antrags umsetzen sollte.

S. 247	35	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b>			
	3515	<b>Tiefbauamt</b>			
	3111 0000	<b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
155.	Antrag Stadtrat				535 500 Minderheit
			44 500		491 000 Mehrheit
					Enthaltung
					Stimmen
					Martin Bürlimann (SVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
					Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Kein neues Fahrzeug für Baustellen-Besichtigungen, bestehendes Fahrzeug weiter nutzen

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 89 gegen 35 Stimmen zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 156. und 157. (Postulat GR Nr. 2014/384)

Kommissionsreferentin:

**Rebekka Wyler (SP):** Die Kommission hält die «Veloagraffe Classic» einstimmig für die beste Lösung, die darüber hinaus auch günstig ist. Sie führt zu einer kleinen Budgetverbesserung von 3200 Franken

S. 247	35 3515 3131 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Materialien für den baulichen Unterhalt</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>156.</b>	Antrag Stadtrat		3 200		3 550 000 3 546 800 Zustimmung
					Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
					Begründung: Für Velobügel nur noch «Veloagraffe Classic verzinkt» verwenden

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

---

**592. 2014/384**  
**Postulat von Matthias Probst (Grüne) vom 26.11.2014:**  
**Ausschliessliche Installation der kostengünstigen Veloabstellbügel Typ «Veloagraffe»**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 158.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Aufgrund einer bereits erfolgten Kürzung senkt die Mehrheit den Antrag auf 40 000 Franken. Diese Einsparungen sind auf dem Konto durchaus vertretbar. Zudem müsste die laufende Ausschreibung nicht zu höheren, sondern zu tieferen Kosten führen.

**Felix Moser (Grüne):** Die Ausschreibung wird voraussichtlich höhere Kosten mit sich bringen. Es handelt sich um die Ausschreibung für die Reinigung der Liftanlagen. Wir unterstützen den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldung:

**Florian Utz (SP):** Die SP wechselt von der Enthaltung zur Mehrheit. Der Betrag von 100 000 Franken war, da bereits ein tabellarischer Antrag vorlag, aus unserer Sicht zu hoch. Nachdem der Betrag nun gesenkt wurde, können wir mit der Mehrheit stimmen. Auch für uns gibt es hier mindestens bei der Budgetierung ein gewisses Sparpotenzial. Wir sehen allerdings nicht ein, warum allein aufgrund dessen, dass eine Ausschreibung gemacht wird, alles um 100 000 Franken teurer wird, ohne dass das Reinigungspersonal mehr Lohn erhalten würde. Deshalb stimmen wir mit der Mehrheit.

S. 247	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3141 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>158.</b>	Antrag Stadtrat				600 000	Minderheit Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL)
			40 000		560 000	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Enthaltung Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Bessere Konditionen durch Ausschreibung

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 012. (pauschale Kürzungen) beantragt die Mehrheit neu eine Kürzung um 40 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 159.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit der RPK beantragt eine Kürzung um 231 000 Franken. Die Erfahrungswerte der letzten Jahre zeigen, dass nie viel mehr für

den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen ausgegeben wurde. Deshalb sind wir der Meinung, dass die 7 Millionen Franken auch im nächsten Jahr ausreichend sind.

**Mauro Tuena (SVP):** Wir sind der Meinung, dass der Betrag tatsächlich ausreichend ist und wechseln zur Mehrheit.

S. 247	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3145 0101</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Baulicher Unterhalt der Gemeindestrassen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>159.</b>	Antrag Stadtrat				7 231 000	Minderheit
			231 000		7 000 000	Mehrheit
						Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Gemäss Erfahrungswerten ausreichend

Mauro Tuena (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

#### Antrag 162.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Mehrheit beantragt eine Kürzung um 90 000 Franken. Aufgrund von Erfahrungswerten halten wir diese Einsparung für verträglich.

**Florian Utz (SP):** Die Minderheit ist nicht überzeugt von der Begründung. 2015 ist nicht 2014. Die Streichung einzelner Projekte kann geprüft werden. Grundsätzlich auf das Vorjahr zu verweisen, erachten wir nicht als sinnvoll.

S. 248	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3151 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>162.</b>	Antrag Stadtrat				928 300	Minderheit
			90 000		838 300	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Vorjahr

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 52 Stimmen zu.

Antrag 163.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Kurt Hüssy (SVP):** Bei diesem Budgetposten beantragt die Minderheit eine Kürzung um 40 000 Franken. Das Kunstprojekt will verschiedene Anlässe im Quartier filmen und dokumentieren. Das ist sicher eine Bereicherung für diejenigen, die Kenntnis davon haben und die Filme im Internet auch tatsächlich finden. Wir vertreten jedoch die Meinung, dass es sich dabei weder um Kunst noch um Kultur handelt, sondern eher ein Hobby der Filmemacher ist und nicht Sache der Steuerzahler.

**Christina Hug (Grüne):** Bei diesem und den nächsten Anträgen geht es um Projekte und Aufgaben der Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum (KiöR). Mauro Tuena (SVP) äusserte die Meinung, dass Kunst im öffentlichen Raum nicht nötig sei. Meiner Meinung nach muss Kunst im öffentlichen Raum Platz haben. Der Kunst mehr öffentlichen Raum zu geben, ist Ziel und Zweck der Arbeitsgruppe KiöR. Beim Antrag geht es um den Lokaltermin Schwamendingen, den die Arbeitsgruppe KiöR seit 3 Jahren organisiert. Es geht um Kunstbeobachtungen und Projekte in Schwamendingen in Kombination mit einer fotografischen Langzeitstudie und Ausstellungen. Es ist wichtig, dass Kunst auch in den Quartieren ihren Platz hat. Deshalb lehnt die Mehrheit den Kürzungsantrag ab.

Weitere Wortmeldung:

**Mauro Tuena (SVP):** Wir werden nicht jeden einzelnen Antrag begründen. Es geht hier um konkrete Projekte. Wir haben auf diesem Konto bereits Kürzungen vorgenommen. Die RPK-Minderheit ist allerdings bei diesen Anträgen der Meinung, dass man die ganzen Kredite herauskürzen sollte, da die KiöR-Projekte nicht nötig sind.

S. 248	35 3515 3180 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>163.</b>	Antrag Stadtrat				6 338 000	Mehrheit
			40 000		6 298 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Lokaltermin Schwamendingen ist nicht nötig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 164.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** *Bezüglich der rostigen Velorahmen im Kreis 5 war für mich klar, dass das nicht Kunst sein kann. Vom Departement erhielt ich die Antwort, dass das Departement nur koordiniere. Umgesetzt würde das Projekt von Privaten. Auf meine Nachfrage hin zeigte sich, dass dies das Departement 120 000 Franken kostet. Ich beantrage, dass man in Zukunft auf solche Projekte verzichtet. Selbst Pro Velo fand diese Idee nicht gut.*

**Christina Hug (Grüne):** *Die SVP will verhindern, dass die Arbeitsgruppe KiöR Aufträge an Dritte, in diesem Fall die Künstler, erteilen kann. Es ist der Auftrag der Arbeitsgruppe KiöR, den öffentlichen Raum mit Kunst zu bespielen. Dafür muss sie mit Künstlern zusammenarbeiten. Insofern macht der Antrag keinen Sinn. Die SVP bezieht sich im Antrag auf ein Kunstobjekt mit sechs fahruntauglichen Velos, das im Rahmen der Gasträume 2014 gezeigt wurde. Glücklicherweise ist es nicht die Aufgabe des Gemeinderats, zu beurteilen, was Kunst ist und was gute Kunst ist. Die Mehrheit lehnt den Kürzungsantrag ab.*

Weitere Wortmeldung:

**Niklaus Scherr (AL):** *Die SVP hat ein Problem im Umgang mit dem Velo. Es gibt wohl kein schöneres Geschenk an die SVP als dieses Kunstprojekt: Die SVP träumt doch davon, dass die rostigen Velos endlich weggebracht werden. Es gibt demnach auch Kultur, die der SVP entgegen kommt.*

S. 248	35 3515 3180 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>164.</b>	Antrag Stadtrat				6 338 000	Mehrheit
			120 000		6 218 000	Minderheit
			Begründung: Keine Aufträge Dritter KiöR (Velorahmenprojekt)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 165.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** Hier geht es um die Schwerpunktsetzung der Kunstobjekte in Altstetten und Albisrieden. Wir wollen in Altstetten keine Kunst, bei der man Leichentücher in Betonsockel eingiesst. Es ist mir unverständlich, wie selbsternannte Künstler etwas als Kunst empfinden, das bei der Bevölkerung zu einem Aufschrei führt. Wir wollen keine solchen Projekte in Altstetten und Albisrieden.

**Christina Hug (Grüne):** Wir halten es für richtig, dass Kunstprojekte auch in den Ausenquartieren realisiert werden.

S. 248	35 3515 3180 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>165.</b>	Antrag Stadtrat				6 338 000	Mehrheit
			150 000		6 188 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Schwerpunktsetzung in Altstetten und Albisrieden, was noch offen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 49 Stimmen zu.

---

Antrag 166.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** Der vorliegende Antrag befasst sich mit den KiöR-Projekten in der Europaallee. Nach den Ausschreitungen vom 12. Dezember 2014 spare ich mir jegliche Bemerkung. An diesem Ort sollten keine Kunstobjekte aufgestellt werden.

**Christina Hug (Grüne):** Die Mehrheit hält es für wichtig, dass Entwicklungen und Veränderungen in der Stadt von Kunstschaffen und Kreativität begleitet werden. Dies gilt auch für die eher sterile Europaallee.



S. 248	<b>35</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b>			
	<b>3515</b>	<b>Tiefbauamt</b>			
	<b>3180 0000</b>	<b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>166.</b>	Antrag Stadtrat			6 338 000	Mehrheit
		25 000		6 313 000	Minderheit
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: KiöR-Projekte in der Europaallee nicht nötig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 58 Stimmen zu.

#### Antrag 167.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** *Es reicht offenbar nicht, dass Betonsockel mit Leichtentüchern, rostige Velorahmen und Hafenkranne aufgestellt werden. Die Kunstwerke werden auch noch von Mitarbeitern des TED fotografiert. Mir fehlt das Verständnis dafür. Im Übrigen gibt es tatsächlich 410 Objekte dieser Art in der Stadt. Wegen diesen Objekten wird aber kaum jemand Zürich besuchen.*

**Christina Hug (Grüne):** *Es geht um die Aktualisierung des Verzeichnisses, die Inventarbereinigung und Abgrenzung zu anderem Inventar, die Neuorganisation des physischen Inventars und das Fotografieren von rund 410 Kunstwerken als Vorbereitung für eine digitale Netzaufschaltung. Aus Sicht der Mehrheit sind diese Arbeiten sinnvoll.*

S. 248	<b>35</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b>			
	<b>3515</b>	<b>Tiefbauamt</b>			
	<b>3180 0000</b>	<b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>167.</b>	Antrag Stadtrat			6 338 000	Mehrheit
		100 000		6 238 000	Minderheit
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Vizepräsident Walter Angst (AL)
					Enthaltung
		Begründung: Fotografien von rund 410 Kunstwerken nicht nötig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 49 Stimmen zu.

---

Antrag 168.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** Dieser Antrag schlägt dem Fass den Boden aus. Nun werden auch noch Studien über die Kunstobjekte erstellt. Vielleicht kann uns der Stadtrat Erklärungen liefern, was in diesen Studien enthalten ist und wozu sie dienen sollen. Ich beantrage, dass künftig auf solche Studien verzichtet wird.

**Christina Hug (Grüne):** Auch das Durchführen von Studien ist eine Aufgabe der Arbeitsgruppe KiöR. Die Aufgabe wird von der Mehrheit als sinnvoll erachtet.

S. 248	35 3515 3180 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>168.</b>	Antrag Stadtrat				6 338 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			30 000		6 308 000	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Enthaltung Vizepräsident Walter Angst (AL)
			Begründung: Studien zu Kunstprojekt nicht nötig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 49 Stimmen zu.

---

Antrag 169.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** Möglicherweise wird es eine Mehrheit dafür geben, dass das Kunsthaus nächstes Jahr nicht umgebaut wird. In diesem Fall könnte man sich vorstellen, dass auf dem Heimplatz auch keine Kunst benötigt wird. Ich möchte die Grünen ermuntern, zur Minderheit zu wechseln. Sonst wird es etwas schwierig für sie, wenn sie das Bauprojekt streichen wollen.

**Christina Hug (Grüne):** Dass ausgerechnet am Heimplatz kein Kunstprojekt umgesetzt werden soll, leuchtet der Mehrheit nicht ein.

S. 248 35 TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT  
3515 Tiefbauamt  
3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
169. Antrag Stadtrat			6 338 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	30 000		6 308 000	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung Vizepräsident Walter Angst (AL)
	Begründung: Geplante Kunst am Heimplatz nicht nötig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

#### Antrag 170.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** *Mir ist nicht bekannt, ob "Tatort KiöR" ein weiteres Projekt zusätzlich zu den Studien, Fotografien und anderem sein soll. Aber es ist sicherlich weder wünschbar noch nötig. Wir beantragen die Streichung des "Tatort KiöR".*

**Christina Hug (Grüne):** *Bei der Gesprächsplattform "Tatort KiöR", die an verschiedenen Orten in der Stadt stattfindet, diskutieren Kunstschaaffende, Befürworter und Gegner von künstlerischen Interventionen, Experten, Laien sowie alle, die über verschiedenste Fragen im Zusammenhang mit Gegenwartskunst diskutieren möchten. Der Eintritt ist kostenlos. Die Mehrheit möchte, dass diese Gesprächsreihe weitergeführt werden kann.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Tognella (FDP):** *Wir haben nun verschiedenste Anträge zu KiöR behandelt. So richtig klar ist uns nicht, was uns KiöR im öffentlichen Raum bietet. Wir haben die Budgetdebatte mit 160 Millionen Franken Negativbudget angefangen und haben am dritten Tag der Budgetdebatte noch nichts Wesentliches erreicht. Trotzdem unterhalten wir uns über Dinge, die es offensichtlich nicht braucht. Das erstaunt mich.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Der Eintritt an diese Gesprächsreihen ist, wie Christina Hug (Grüne) erwähnt hat, tatsächlich gratis. Aber 75 000 Franken sind nicht gratis. Dieser Betrag wird nicht von denjenigen bezahlt, die die Gesprächsreihe besuchen, sondern vom Steuerzahler. Wenn es die Allgemeinheit bezahlen muss, ist es nicht gratis.*

**Michael Baumer (FDP):** *Das Projekt ist nicht nötig, da wir hier im Parlament offenbar bereits eine Gesprächsrunde mit kostenlosem Eintritt haben.*

**Martin Abele (Grüne):** *Wir reden tatsächlich über Kunst und das ist gut. Wenn das TED Führungen für das Parlament macht, nehmen jeweils auch Personen von der FDP und*

SVP teil. Das zeigt, dass die Kunst auf Interesse stösst und gerne besichtigt wird.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Es mag sein, dass der eine oder andere Parlamentarier an einer solchen Veranstaltung teilnimmt. Doch kommen keine Einladungen mehr, werden die Veranstaltungen auch nicht unbedingt vermisst. Auch auf dieses Projekt kann man durchaus verzichten.

S. 248	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3180 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>170.</b>	Antrag Stadtrat				6 338 000	Mehrheit
			75 000		6 263 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Gesprächsreihe «Tatort KiöR» nicht nötig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

#### Antrag 171.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Markus Knauss (Grüne):** Der Stadtrat wusste bestimmt, dass keine Freude herrschen würde, wenn man einen Strassentunnel mit einem Tram verknüpft. Es war von Beginn an ein Hochrisikoprojekt. Es gibt aber auch formelle Gründe, warum wir die 200 000 Franken für die Begleitplanung für das Tram nicht bewilligen. In den letzten 14 Monaten ist nichts passiert. Der Kanton sucht immer noch Geld für das Tram. Es gibt keinen Planungskredit, keinen Projektierungskredit, kein Rahmengesetz. Falls der Regierungsrat diesen Weg wählt, wird vor dem Baubeginn zuerst einmal eine voll funktionierende Strasse für zwei Jahre stillgelegt werden. Nun beantragt der Stadtrat für die Begleitplanung für das Rosengarten-Tram 200 000 Franken. Es ist ein historischer Tag: Seit 2001 hat die SVP systematisch jeden Rappen für ÖV und ÖV-Planungen abgelehnt. Nun ist sie offenbar bereit, 200 000 Franken für eine Planung auszugeben, von der nicht bekannt ist, ob sie je zum Erfolg führen wird. Der Strassentunnel und das Tram werden noch eine Volksabstimmung über sich ergehen lassen müssen. Dann ist es an der SVP, der Landbevölkerung zu erklären, warum in der Stadt 600 bis 800 Millionen Franken für ein Strassenprojekt ausgegeben werden sollen, während auf dem Land systematisch eine Umfahrungsstrasse nach der anderen gestrichen wird, weil kein Geld vorhanden ist. Wir fordern, dass zuerst der Kanton seinen Beitrag leistet. Danach kann geprüft werden, ob die Begleitplanung wirklich benötigt wird.

**Mauro Tuena (SVP):** Markus Knauss (Grüne) hat verschiedene Tatsachen bewusst weggelassen. Tatsache ist: Es wird nicht nur ein Tram am Rosengarten geben. Die Stadt kann das Tram nicht alleine bauen. Gemäss Planung sollte die Rosengartenstras-

*se unterirdisch nach unten verlegt werden. Es handelt sich nicht um eine Kapazitätserweiterung – obwohl Zürich diese aus meiner Sicht dringend benötigen würde – und das Tunnelportal kommt am Wipkingerplatz doppelstöckig heraus. Das ist für mich ein weiteres Problem. Vielleicht sollte man nochmals mit dem Kanton darüber sprechen. Möglicherweise wäre es sinnvoller, wenn der Tunnel weiter hinunter direkt an die Autobahn A1 gezogen würde. So ist es auch im Richtplan eingetragen. Dann hätten wir die Probleme gelöst. Damit die Gespräche geführt werden können, ist es wichtig, dass die 200 000 Franken gesprochen werden.*

Weitere Wortmeldungen:

**Marc Bourgeois (FDP):** *Markus Knauss (Grüne) sprach von einem historischen Tag, weil sich die SVP für den ÖV einsetze. Ich warte darauf, dass sich die Grünen umgekehrt auch einmal für den motorisierten Individualverkehr einsetzen. In einer Medienkonferenz sprach Markus Knauss (Grüne) davon, dass man diesen Gebieten eine den Arbeitsplätzen angemessene Verkehrsinfrastruktur geben soll. Bewusst nicht gesagt wurde, dass das nur für den ÖV gilt. Das Gebiet entwickelt sich und die Verkehrsinfrastruktur muss nachgeführt werden. Mich würde interessieren, wie er in der Volksabstimmung der Bevölkerung erklären will, dass die Grünen aus Trotz keinen Tunnel wollen und es darum auch kein Tram gibt. Ich stimme mit Mauro Tuena (SVP) überein, dass viele Fragen offen sind. Genau deswegen brauchen wir das Geld. Sonst können diese Fragen nicht geklärt werden und wir werden keine bessere Lösung finden. Das ist nicht im Interesse der Quartierbevölkerung. Wir setzen uns sowohl für den ÖV als auch für den motorisierten Individualverkehr ein.*

**Claudia Simon (FDP):** *Offenbar erinnert sich Markus Knauss (Grüne) immer nur an diejenigen Volksabstimmungen, die ihm zugute kamen. Es gibt keine Ratsdebatte, in der von ihm nicht eine Volksabstimmung herbeigezogen wird. Im November 2010 hat das Volk zum Thema Rosengarten-Tram klar entschieden: Es gibt nur ein Tram, wenn es auch einen Tunnel gibt.*

**Mauro Tuena (SP):** *Ich bin erstaunt über den Minderheitsantrag. Simone Brander (SP) wohnt in dieser Gegend und fordert jeweils eine Lärmentlastung. Eine wirkliche Entlastung gäbe es aber erst, wenn die Autospuren unterirdisch geführt würden. Ich möchte die Minderheit bitten, zur Mehrheit zu wechseln, damit die Planung zum Tunnel – in welcher Variante auch immer – vorangetrieben werden kann.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Es handelt sich nicht in erster Linie um ein Strassenprojekt, sondern vor allem um ein ÖV-Projekt. Wir können das Tram nur bauen, wenn wir den Rosengartentunnel erstellen können. Ich möchte davor warnen, die 200 000 Franken zu streichen. Wir wissen noch nicht, wie die genaue Projektierung aussieht. Es gibt einen Steuerungsausschuss mit dem Regierungsrat und dem Stadtrat. Daran wird gearbeitet. Es wäre ein seltsames Zeichen, wenn die Stadt sich bei einem Gesamtbetrag von über 800 Millionen Franken in Opposition begeben würde. Die Stadt ist in einer vorteilhaften Situation, da sie sehr wenig an diese 800 Millionen Franken bezahlen muss. Es ist primär ein kantonales Projekt innerhalb der Stadt. Es ist zur Entlastung des Quartiers. Der Betrag von 200 000 Franken muss aufgewendet werden, damit wir wissen, wie es in Zukunft überhaupt weitergehen kann. Wir haben auch danach immer noch viele Möglichkeiten, Nein zu sagen.*

S. 248	<b>35</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b>			
	<b>3515</b>	<b>Tiefbauamt</b>			
	<b>3180 0000</b>	<b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>171.</b>	Antrag Stadtrat				
				6 338 000	Mehrheit
			200 000	6 138 000	Minderheit
					Enthaltung
		Begründung:	Begleitplanung Rosengartentram streichen, so lange Autotunnel geplant ist		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten der Ratspräsidentin zu.

#### Antrag 172.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** *Ich habe wenig Verständnis, warum man bei einer einfachen Strassensanierung 29 Parkplätze aufheben will. Die Strasse kann auch ohne eine Aufhebung der Parkplätze saniert werden. Ich möchte darum bitten, dass die Projektierung für die Rautistrasse zurückgestellt wird, das Projekt überarbeitet wird und die 29 Parkplätze erhalten bleiben.*

**Markus Knauss (Grüne):** *Die Rautistrasse liegt am Stadtrand. Ein Grossteil der angrenzenden Überbauungen haben die notwendige Anzahl Parkplätze realisiert. Auch das Planungs- und Baugesetz sieht vor, dass der öffentliche Raum nicht für private Zwecke benutzt wird. Wenn wir nun dort Parkplätze aufheben, weil wir einen Veloweg bauen, ist das durchaus systemkonform.*

Weitere Wortmeldungen:

**Markus Hungerbühler (CVP):** *Die CVP wird bei den Anträgen 172 und 173 zur Minderheit wechseln. Wir halten die Anzahl der Streichungen für zu hoch. Es wäre ein falsches Zeichen, hier abzubauen.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Nicht alle Überbauungen verfügen über die notwendige Anzahl Parkplätze. Fallen 29 Parkplätze weg, trifft es vielleicht genau diejenigen Personen, die beispielsweise im Service arbeiten und zwingend auf ein Auto angewiesen sind. Wenn sie von der Arbeit nach Hause kommen, sind alle privaten Parkplätze besetzt und sie haben grösste Probleme, ihr Fahrzeug zu parkieren.*

**Marc Bourgeois (FDP):** *Die Haltung der SP überrascht mich je länger desto mehr. Die Leute, die in dieser Gegend vom Parkplatzabbau betroffen sind, sind einfache Leute. Es*

wären die Wähler der SP. Sie werden es je länger desto weniger sein, wenn die SP so weitermacht. Die Superreichen sind von diesem Abbau nicht betroffen. Sie haben ihre Parkplätze, können sich jeden Parkplatz in der Stadt leisten, sogar eigene Parkplätze in der Stadt.

S. 248	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3180 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>172.</b>	Antrag Stadtrat				6 338 000	Mehrheit
			20 000		6 318 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Rautistrasse: Keine Aufhebung von 29 Parkplätzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

### Antrag 173.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** Wir haben zur Kenntnis genommen, dass man den Heimplatz vor dem Kunsthaus sanieren möchte. Hier gehen die Meinungen offensichtlich auseinander. Es handelt sich um einen für den motorisierten Individualverkehr sehr schwierigen Ort. Es stehen wenige Parkplätze zur Verfügung. Beim Heimplatz sollen nun offenbar 20 Parkplätze gestrichen werden. Wir möchten den Stadtrat bitten, das Projekt Heimplatz nochmals zu überdenken. Dazu kommt, dass wir uns hier im Perimeter des historischen Parkplatzkompromisses befinden. Mich würde interessieren, wo diese 20 Parkplätze nachher ersetzt werden – notabene ebenfalls oberirdisch und zu denselben Parkplatzgebühren.

**Florian Utz (SP):** Die SP wechselt in die Minderheit. Auch wir möchten die Planungskosten streichen, allerdings mit einer anderen Begründung: Gemäss Planung sind keinerlei Velowege vorgesehen. Wir sind der Meinung, dass an diesem Ort nicht auf Velowege verzichtet werden soll. Den Abbau von Parkplätzen erachten wir an diesem Ort für sinnvoll. Ein schöner, öffentlicher Platz sollte nicht mit Parkplätzen zugestellt werden. Umso mehr, als es gemäss Parkplatzkompromiss in der Innenstadt ohnehin einen Überhang von Parkplätzen gibt. Es hat genug Platz für einen Veloweg. Zuerst waren wir noch bei der Mehrheit. Für die Einplanung von Velowegen braucht es auch ein Projekt, das geplant werden muss. Anlässlich unserer Nachfragen hat sich aber herausgestellt, dass sich die hier eingestellten Planungskosten auf das unveränderte Projekt und nicht auf die zusätzliche Planung von Velowegen beziehen. Die Verwaltung prüft derzeit, ob noch ein Veloweg eingeplant werden kann. Falls eine Umsetzung in unserem Sinne erfolgen sollte – mit Veloweg, ohne die 20 Parkplätze – sind wir gerne bereit, einem Zusatzkredit zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

**Markus Knauss (Grüne):** *Es liegt nicht nur am Geld, dass keine Velowege geplant werden. Es liegt auch am offensichtlichen Unwillen der Planenden und der politisch Verantwortlichen, die Velowege zu realisieren. Wer eine kurze Strecke einer Veloroute nicht gerne fährt, verzichtet oft ganz auf das Velo. Beim Heimplatz hat man es nicht geschafft, ein Projekt zu machen, das eine Qualität eines Platzes hat. An den drei Seiten des Platzes stehen drei Kulturinstitutionen. Es wäre nicht attraktiv, dort weiterhin eine Verkehrsmaschinerie zu betreiben wie bis anhin. Dazu kommt: Über den Platz sollten zwei im regionalen Richtplan klassierte Velorouten geführt werden. Wir akzeptieren nicht, dass keine davon umgesetzt wird. Wir werden zur Minderheit wechseln und lehnen den Kredit ab. Dies ist aber damit keine Aufforderung, die 20 Parkplätze zu erhalten. Für uns ist zentral, dass ein sinnvoll gestalteter Platz entsteht und die Velorouten realisiert werden.*

**Marc Bourgeois (FDP):** *Auch mich überzeugt die Planung des Heimplatzes nicht. Die Parkplätze haben sich in Luft aufgelöst. Der Grund dafür: Die Tramhaltestelle muss wegen der längeren Trams verschoben werden. Dies ist vermutlich nicht zu vermeiden. Doch alle Parkplätze aufzulösen, ist für das Gewerbe nicht attraktiv. Dazu wurden tatsächlich in keiner Art und Weise die Velos berücksichtigt. Der Verkehr wird um die Tramhäuschen herumgelenkt. An einem Verkehrsknotenpunkt wie dem Heimplatz sollte man sich überlegen, ob auf gewisse ältere Dinge verzichtet werden kann, damit Platz entsteht für die verschiedensten Nutzungen und die heutigen Mobilitätsbedürfnisse. Ich schliesse dabei weder Velos noch Parkplätze aus. Gemäss Stadt sollen diese Parkplätze im Parkhaus am Universitätsspital ersetzt werden. Das ist für das Gewerbe am Heimplatz nicht sinnvoll und nicht die Idee des historischen Kompromisses. Deshalb sind auch wir der Meinung, dass der Platz neu geplant werden muss.*

**Guido Trevisan (GLP):** *Die GLP wechselt in die Minderheit. Es ist nicht so, dass wir die Parkplätze auf dem Heimplatz verteufeln würden. Wir würden es aber sehr begrüßen, wenn die Veloverbindungen gemäss dem regionalen Richtplan ins Projekt einfließen würden.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Offenbar scheint hier eine Mehrheit zustande zu kommen mit unterschiedlichen Begründungen. Der Stadtrat wird sich etwas überlegen müssen und beide Meinungen einfließen lassen. Die Platzverhältnisse an diesem Ort sind sehr beschränkt. Das lässt sich nicht ändern. Deshalb braucht es etwas Kompromissbereitschaft. Ich persönlich kann mit dem Abbau von ein oder zwei Parkplätzen leben. Dann möchte ich aber wiederum darum bitten, dass sich auch andere ebenso kompromissbereit zeigen und sich zum Beispiel mit lediglich einem Veloweg einverstanden erklären können.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Auch ich war erstaunt, dass für diesen Platz keine Velomassnahmen realisiert werden und fast alle Haltemöglichkeiten für Fahrzeuge unterbunden werden. Deshalb habe ich schon vor einer Weile den Auftrag erteilt, neue Überlegungen anzustellen. Wir haben neue Bedürfnisse: Es geht um die Tramhaltestellen, die hohe Haltekante, die Verlängerung der Tramhaltestelle der Linie 9. Das Projekt scheint beim Parlament nicht auf grosse Beliebtheit zu stossen. Für mich ist das ein Auftrag, das Projekt neu zu überdenken.*



S. 248	<b>35</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b>			
	<b>3515</b>	<b>Tiefbauamt</b>			
	<b>3182 0000</b>	<b>Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>173.</b>	Antrag Stadtrat			5 500 200 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
		125 000		5 375 200 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Heimplatz: Keine Aufhebung von 20 Parkplätzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

#### Antrag 174.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** Wir kommen zu einem weiteren Knackpunkt auf dem Konto 3515, Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter. Wir wollten aufgelistet haben, welche Projekte in den 5,5 Millionen Franken versteckt sind. Die Antworten waren sehr präzise und haben uns ermöglicht, die entsprechenden Anträge zu stellen. Im vorliegenden Antrag geht es darum, dass am Mythenquai an einer stark befahrenen Strasse nach dem Umbau die Tempolimit von 60 km/h auf 50 km/h gesenkt werden soll. Bei derartigen Projekten muss die Stadt sowieso mit dem Kanton erst Rücksprache nehmen. An diesem Ort ist eine Temporeduktion in keiner Art und Weise nötig und auch nicht erwünscht. Ich bitte den Tiefbauvorsteher, die Temporeduktion nochmals zu überdenken.

**Markus Knauss (Grüne):** Meine Argumentation gilt für alle Anträge, die die SVP in diese Richtung gestellt hat. Art. 32 Abs. 2 lit. a. des Strassenverkehrsgesetzes besagt, dass die allgemeine Höchstgeschwindigkeit für Fahrzeuge unter günstigen Strassenverkehrs- und Sichtverhältnissen 50 km/h in Ortschaften beträgt. Eventuelle Ausnahmen sind in der Signalisationsverordnung aufgeführt: Die Höchstgeschwindigkeit kann erhöht werden, wenn dadurch der Verkehrsablauf ohne Nachteile für Sicherheit und Umwelt verbessert werden kann. Die Stadt wird immer dichter, es halten sich immer mehr Personen auf den Strassen auf. Es ist fraglich, ob man in einem neuen Verfahren Tempo 60 überhaupt noch halten könnte. Deshalb hat der Stadtrat zu Recht gesagt, dass die Standardgeschwindigkeit in der Stadt 50 km/h beträgt, und man überall, wo noch Tempo 60 herrscht, dieses auf 50 km/h senkt. Die Anpassung ist rechtlich zulässig, es braucht keine Unterschrift des Regierungsrats. Als Beispiel dafür wäre die Nordstrasse zu nennen, wo das Tempo auf 30 km/h angepasst wurde.

Weitere Wortmeldungen:

**Mauro Tuena (SVP):** Erstens: Bei der Nordstrasse sind die Sichtverhältnisse optimal. Es gibt keinen Grund, das Tempo dort auf 30 km/h zu reduzieren. Gemäss dem von

*Markus Knauss (Grüne) zitierten Gesetz müsste man das Tempo dort bei 50 km/h belassen. Zweitens: So einfach, wie es Markus Knauss (Grüne) darstellt, ist es nicht. Natürlich kann die Stadt ohne Unterschrift des Regierungsrats Geschwindigkeitstafeln hinstellen. Ich glaube aber kaum, dass am Mythenquai für 590 000 Franken lediglich Tafeln aufgestellt werden. Am Mythenquai sind bauliche Massnahmen geplant. Dazu ist die Unterschrift des Regierungsrats nötig.*

**Marc Bourgeois (FDP):** *Ich möchte mein Befremden über die Unehrllichkeit auf der Gegenseite ausdrücken. Wenn die Gegenseite den Autoverkehr reduzieren und aus der Stadt verdrängen will, sollte sie nicht verlogene Begründungen vorbringen, sondern dies ehrlich kommunizieren. Weder Fussgängerstreifen, die nicht einmal vom Quartier begrüsst werden, noch Lärm oder Behinderte sollten als Begründungen hinhalten müssen. Man sollte ehrlich dazu stehen, dass man das Auto aus der Stadt verdrängen will, koste es die Wirtschaft und den kleinen Mann, was es wolle. Diese Entwicklung führt dazu, dass das Weihnachtsgeschäft je länger je mehr im Glattzentrum stattfindet. Diese Entwicklung ist von der Gegenseite so gewollt. Sie sollte zu dieser Haltung stehen. Alles andere ist unehrliche Politik.*

**Matthias Probst (Grüne):** *Ich sage es offen: Wir wollen die Autos nicht in der Stadt. Es sei denn, man braucht aus beruflichen oder körperlichen Gründen ein Auto. Die Autos benötigen zu viel Platz, machen zu viel Lärm, zu viel Gestank und sind unnötig.*

S. 248	35 3515 3182 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> Tiefbauamt Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
174.	Antrag Stadtrat				5 500 200 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			590 000		4 910 200 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Mythenquai: Keine Temporeduktion von 60 auf 50			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 175.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Markus Knauss (Grüne):** *Wir halten den Negrellisteg für ein tolles Bauwerk, doch der Nutzen für den Verkehr, insbesondere den Veloverkehr, ist beschränkt. In Nord-Süd-Richtung ist für Velofahrende die Langstrassenunterführung von zentraler Bedeutung und nicht der Negrellisteg. Wir beantragen deshalb, dass für den Negrellisteg eine private Finanzierung gesucht wird. Somit müssten auch keine weiteren Planungs- und Projektierungsgelder für den Steg eingesetzt werden.*

**Samuel Dubno (GLP):** Auch wir stehen dem Projekt kritisch gegenüber. Ursprünglich waren SVP, CVP und GLP der Meinung, auf diesem Konto könne man nicht nur den Steg streichen, sondern zusätzlich noch eine Verzichtsplanning genereller Natur machen. In dieser zusätzlichen Verzichtsplanning konnte ich keine weiteren konkreten Projekte ausmachen. Die GLP würde sich darum nun der Mehrheit anschliessen, da die generelle Verzichtsplanning mit der Kürzung um 10 % in der Höhe von über 500 000 Franken unseres Erachtens bereits durchgeführt ist.

S. 248	<b>35</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b>			
	<b>3515</b>	<b>Tiefbauamt</b>			
	<b>3182 0000</b>	<b>Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>175.</b>	Antrag Stadtrat			5 500 200	
		90 000		5 410 200	Mehrheit
		250 000		5 250 200	Minderheit
					Enthaltung
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: GLP/SVP/CVP: Negrellisteg streichen, Verzichtsplanning; Grüne/SP: Verzicht Negrellisteg (private Finanzierung anstreben)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(5 500 200)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(5 410 200)	82 Stimmen
Antrag Minderheit	(5 250 200)	<u>42 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

#### Antrag 176.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Der Hauptposten dieses Betrags ist die Benchmarkbegleitung. Die Mehrheit ist der Meinung, dass Benchmarkbegleitungen bei diesen Tiefbauprojekten nicht notwendig sind. Weiter sind Prozessanalysen, Überarbeitung von Projektmanagementhandbüchern und Qualitätsmanagement enthalten. Diese Aufgaben sind wichtig und auch mit dem verbleibenden Betrag gewährleistet.

**Florian Utz (SP):** Die Minderheit vertraut dem Stadtrat, dass er die richtigen Massnahmen ergreift, um kostengünstiger zu bauen. Wenn der Stadtrat der Meinung ist, dass man den Benchmark erstellen muss, um günstiger bauen zu können, vertrauen wir ihm. Wir erwarten aber auch, dass er am Schluss nicht einfach sagt, dass der Benchmark zeigt, dass wir schon sehr günstig bauen und deshalb kein Handlungsbedarf besteht.

S. 248	35 3515 3186 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
176.	Antrag Stadtrat				1 000 000	Minderheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP)
			60 000		940 000	Mehrheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Enthaltung Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Kostengünstiger Bauen geht auch ohne teure Erstellung eines Benchmarks			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 020. (pauschale Kürzungen) beantragt die Mehrheit neu eine Kürzung um 60 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten der Ratspräsidentin zu.

Antrag 177.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Die Software für Arbeitszeiterfassung muss nicht neu programmiert werden. Es bestehen bereits solche Programme. Sie können von anderen Dienstabteilungen übernommen werden.

**Walter Angst (AL):** Wir haben bei den IT-Ausgaben einen Antrag für einen Plafond in der Höhe von 240 Millionen Franken gestellt. Es gibt noch den Auftrag des letztjährigen Postulats, diesen noch etwas weiter zu senken. Der Stadtrat und die Departemente müssen dafür besorgt sein, dass sie dies einhalten. Zusätzliche Kürzungen sind abzulehnen.

S. 248	35 3515 3189 0000	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
177.	Antrag Stadtrat				500 000	Minderheit Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent

250 000	250 000 Mehrheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
Begründung:	Software für Arbeitszeiterfassung nicht neu programmieren lassen, sondern von anderer Dienstabteilung übernehmen	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

---

#### Antrag 178.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** *Das TED ist Mitglied in verschiedenen Organisationen und Vereinigungen. Wir befürworten die Mitgliedschaften nicht in allen Fällen. Es gibt auch Fälle, bei denen ich sicher bin, dass eine Mitgliedschaft mit dem frischen Wind in diesem Amt mittlerweile vielleicht nicht mehr nötig ist. An diesem Ort kann gespart werden. Welche Mitgliedschaften genau gekündigt werden, möchten wir dem Stadtrat überlassen.*

**Florian Utz (SP):** *Die Mehrheit hält es für sinnvoll, dass sich die Stadt und das Tiefbauamt mit anderen Organisationen und Städten vernetzt.*

Weitere Wortmeldung:

**Marc Bourgeois (FDP):** *In Publikationen gewisser dieser Verbände stösst man immer wieder auf Informationen, über die ich als Mitglied der Verkehrskommission nicht verfüge. Diese Verbände haben kein Anrecht auf Informationen, die nicht auch der ganzen Öffentlichkeit offenstehen. Der Stadtrat muss dafür sorgen, dass wir als Verkehrskommission mindestens so viele Informationen bekommen und dass diese Verbände keine Vorrechte haben gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit. Hier haben nicht demokratisch legitimierte Vereinigungen irgendwelche Vorrechte. Wenn ich wieder feststellen werde, dass sie über Informationen verfügen, die uns aktiv oder passiv vorenthalten werden, werde ich einschreiten.*

**Mauro Tuena (SVP):** *Auch ein zweiter Punkt muss im Zusammenhang mit den Mitgliedschaften vom Stadtrat überprüft werden. Oft machen diese Vereine Werbung für etwas und unterstützen diese mit der Aussage, dass auch die Stadt Mitglied sei. Dies, ohne dass die Stadt das Projekt explizit unterstützen wollte. Man muss dies kritisch betrachten und der Stadtrat muss gegebenenfalls umgehend intervenieren. Eine Mitgliedschaft bedeutet nicht, dass wir alle Projekte unterstützen.*

S. 248	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3197 0000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Mitgliederbeiträge</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>178.</b>	Antrag Stadtrat				28 100 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grü- ne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
			10 000		18 100 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Einzelne Beiträge streichen (Fussverkehr, etc.)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

---

#### Antrag 179.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Es geht um Unterhaltsarbeiten im ShopVille. Dieses wurde mittlerweile wieder schön hergerichtet. Die Minderheit ist der Meinung, dass der Aufwand durchaus um 10 % gekürzt werden kann.*

**Florian Utz (SP):** *Die Mehrheit hält die Kürzung nicht für hinreichend gut begründet.*

S. 249	<b>35</b> <b>3515</b> <b>3980 0262</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Tiefbauamt</b> <b>Vergütung an Liegenschaftenverwaltung für Unterhaltsarbeiten im Shop Ville</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>179.</b>	Antrag Stadtrat				1 800 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grü- ne), Andrea Nüssli (SP)
			180 000		1 620 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung	Christian Traber (CVP)
			Begründung: Aufwand um 10 % kürzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 180. und 181. (Postulat GR Nr. 2014/382)

Kommissionsreferent:

**Florian Utz (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 553/2014): Wir verlangen mit unserem Postulat in den Bereichen Velo und Lärmschutz ein grundsätzliches Umdenken. Velomassnahmen werden oft nur halbherzig oder gar nicht umgesetzt, Lärmschutzmassnahmen sehr häufig gar nicht. Der Lärmgrenzwert wird oft überschritten und dennoch sind an den entsprechenden Orten keine Massnahmen geplant. Beides ist für die Mehrheit der RPK nicht akzeptabel, weshalb wir zum einen das Postulat eingereicht haben und zum anderen auch einzelne Projekte gezielt gestrichen haben, damit man die einzelnen Projekte gezielt nachbessern kann. Wir verlangen, dass der Masterplan Velo mindestens im baulichen Bereich ohne Abstriche umgesetzt wird. Sehr viele Masterplan-Velo-Routen werden aber so nicht umgesetzt. Es gibt zum Beispiel Routen, die keinen eigenen Veloweg erhalten, sondern auf dem Trottoir geführt werden. Wir verlangen auch bei weiteren, nicht im Masterplan Velo enthaltenen Bauprojekten, dass vermehrt Velomassnahmen umgesetzt werden. Die Mehrheit verlangt auch, dass der Lärmschutz primär mit Massnahmen an der Quelle umgesetzt wird. So verlangt es auch das Gesetz. In Einzelfällen sind auch andere Massnahmen vorstellbar. Wenn wir heute ein Bauprojekt machen, das nicht gesetzeskonform ist, werden wir ab 2019, wenn diese Massnahmen gesetzlich umgesetzt sein müssen, Schadenersatzzahlungen leisten müssen. Das ist auch finanzpolitisch nicht sinnvoll. Wir haben einzelne Projekte zur Streichung beantragt, damit diese nochmals gründlich überarbeitet werden können. Wir hoffen, dass hier eine Signalwirkung entsteht. Falls diese nicht ankommt, müsste man beim nächsten Budget noch deutlich mehr Projekte streichen.

**Mauro Tuena (SVP)** begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Ich stelle mit Erstaunen fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Die Postulanten haben zwar im Postulat alle Projekte aufgezählt, sie haben sich die Mühe aber nicht genommen, all diese Projekte im Budget zusammenzusuchen. Es würde mich interessieren, wie der Stadtrat das Postulat umsetzen will. Ich möchte zwei Punkte hervorheben. Erstens: Es gibt auch noch andere Möglichkeiten zur Lärmsanierung, so etwa die Möglichkeit eines anderen Strassenbelags, der den Lärm anders absorbiert. Ich bitte den Stadtrat, die Versuche in diesem Bereich zu intensivieren und den Belag an problematischen Stellen auch tatsächlich einzusetzen. Zweitens: Der Unterschied zwischen Tempo 30 und Tempo 50 ist für das menschliche Ohr kaum hörbar. Es wird hier ein Theater um eine minimale Differenz gemacht, weil es in Wahrheit nicht um den Lärm geht, sondern darum, den motorisierten Individualverkehr zu bekämpfen. Wir werden zur Zustimmung wechseln, allerdings schliessen wir uns der Begründung der FDP an. Die Fussgängeranlagen sind teilweise sehr luxuriös gebaut. Wir sind sicher, dass das Einsparpotenzial von rund 1,7 Millionen Franken problemlos möglich sein sollte. Das Postulat hingegen erachten wir als unehrlich und lehnen es ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass wir uns der Begründung von Florian Utz (SP) nicht anschliessen und uns auf unsere eigene Begründung stützen. Bei Antrag 180 geht es um den Bau von Fussgängeranlagen. Diese werden unserer Meinung nach viel zu luxuriös gebaut. Es gibt jeweils einen grossen Teil nichtgebundener Ausgaben. Diese sollen entsprechend gekürzt werden. Man kann diese Fussgängeranlagen durchaus auch weniger luxuriös gestalten. Die Verbesserung um 1,69 Millionen Franken ist gerechtfertigt.

**Roger Tognella (FDP):** Florian Utz (SP) sagte, es würden keine Lärmschutzmassnahmen umgesetzt. Ich möchte daran erinnern, dass die Mehrheit in der Exekutive von den Linken und den Grünen gestellt wird. Sie könnten entscheiden, was in dieser Stadt exekutiv läuft. Florian Utz (SP) prangert seine vier Stadträte an, dass sie nichts leisten. Das ist nichts anderes als eine indirekte Rücktrittsaufforderung. Die SP und die Grünen müssten mit ihren Stadträten das Gespräch suchen.

**Guido Trevisan (GLP):** Im Zusammenhang mit dem Lärmschutz möchte ich etwas klarstellen: Unserer Meinung nach braucht es nicht auf dem gesamten Stadtgebiet Tempo 30. Dieses sollte aber auf Quartierstrassen überwiegen. Die Hauptverkehrsachsen sollten bei Tempo 50 oder einer höheren Geschwindigkeit bleiben. Diese Geschwindigkeit führt dazu, dass eine gewisse Sogwirkung entsteht. Es ist eines der effizienteren Mittel, dass ein grosser Teil der Stadtbevölkerung beruhigte Quartierstrassen hat. Bei den grossen Verbindungen sind wir der Ansicht, dass dort richtig gebaut werden soll. Dazu gehören die vollständigen Überlegungen, auch mit dem Masterplan Velo. Zur Lärmreduktion ist zu sagen, dass es auch andere Möglichkeiten als die Einführung von Tempo 30 gibt und wir diese bevorzugen, insbesondere die Lärmreduktion durch andere Strassenbeläge. Längerfristig geht es aber auch um Verbrennungsmotoren, andere Möglichkeiten des Antriebs. Das wird ebenfalls zu einer Lärmreduktion führen. Dort liegt unsere Position gegenüber den anderen Vertreterinnen und Vertretern der Mehrheit.

**Markus Knauss (Grüne):** Eine Vorbemerkung zum Votum von Roger Tognella (FDP): Die Veloförderung ist beim TED angesiedelt. Wir wollen deshalb dem Vorsteher des TED schon in einer frühen Phase mitteilen, er solle doch eine Veloförderung betreiben, die den Namen auch verdient. Eine zweite Bemerkung geht an Dr. Urs Egger (FDP) bezüglich der Fussgängeranlagen. Es geht einerseits um die Winzerstrasse, wo ein kombinierter Rad-/Gehweg geplant ist. Die Velofahrer werden auf dem Trottoir an zahlreichen Hauseingängen vorbeigeführt. Das birgt grosses Konfliktpotenzial. Das gleiche gilt für den Max-Frisch-Platz. Wir haben mit viel Geld eine Quartierverbindung geschaffen, die vor allem den Velofahrern zugute kommen soll. Nun soll die Zufahrt zu dieser Rampe für die Velofahrenden über ein Trottoir erfolgen. Diese Planung funktioniert in der Realität nicht. Bei der Veloförderung geht es um ein attraktives, flächendeckendes Velonetz. Zum Lärmschutz: Es wurden andere Möglichkeiten zur Lärmsanierung erwähnt. Die Lärmsanierung ist aber, wie das Umweltschutzrecht in der Schweiz generell, auf den Verursacher ausgerichtet. Verkehrsreduktionen können in der Stadt kurzfristig nicht in genügendem Ausmass erreicht werden. Daher müssen Temporeduktionen angestrebt werden. Verursachergerecht heisst: Es kann nicht sein, dass derjenige, der schlafen möchte, seinen eigenen Lärmschutz finanzieren muss. Zur Rolle des Stadtrats: In 98 % der Fälle von Lärmsanierungen müssen die Betroffenen die Kosten tragen und nicht die Verursacher, die mit dem Auto vorbeifahren. In einem Protokoll des Stadtrats vom 19. November 2014 steht, dass es sich bei Lärmschutzfenstern um Ausnahmebewilligungen handle. Wenn in 98 % der Fälle Ausnahmefälle geltend gemacht werden, stimmt etwas nicht. Der Stadtrat sollte sich künftig mehr Mühe geben, korrekte Lärmsanierungen durchzuführen.

**Markus Hungerbühler (CVP):** Die CVP wird von der Enthaltung in die Zustimmung wechseln und schliesst sich der Begründung der FDP an. Wir befürworten als CVP weiterhin den Masterplan Velo. An gewissen Orten kann aber durchaus gespart werden. Beim Thema Veloweg wurde mit der grossen Kelle angerichtet. Velofahrer und Velowege werden schon mehr als genug unterstützt. Das Thema motorisierter Individualverkehr hingegen wird von den Linken geflissentlich ausgeblendet. Deshalb werden wir das Postulat der SP ablehnen.



**Marc Bourgeois (FDP):** Das Postulat fordert alles, was man fordern kann, bringt aber nichts Neues. Der Nutzen des Postulats ist nicht ersichtlich. Interessant ist, dass die Anliegen der Postulanten von deren Regierung bisher nicht umgesetzt wurden. Das Postulat haut in dieselbe Kerbe wie immer. Das Tiefbauamt hat sich bemüht, Lösungen zu finden, so etwa beim unteren Teil der Rämistrasse. Der Veloweg führt bergauf über das Trottoir und bergab über die Strasse. Auf der einen Seite hat es eine Mauer, die andere ist vermutlich denkmalgeschützt, es hat zwei Trampspuren und zwei Autospuren. Es gibt dort keine bessere Lösung. Bergauf dürfte es auch kein Problem sein, dass man Velofahrer und Fussgänger bei engen Platzverhältnissen zusammenlegt. Zum Lärmschutz: Wenn Alarmwertüberschreitungen vorhanden sind, nützt auch die Reduktion auf Tempo 30 nichts. Es wird immer noch Grenzwertüberschreitungen geben. Die 3 Dezibel, die eingespart werden, reichen nicht aus. Lärmschutzwände bewirken hier sehr viel mehr. Diese senken den Lärm um rund 12 Dezibel, was mehr als einer Halbierung des Lärms entspricht. Es geht hier aber nicht um den Lärm, sondern darum, den Autoverkehr zu behindern. Im Übrigen machen auch Trams Lärm, dieser wird aber als guter Lärm bezeichnet. Der Autolärm ist der böse Lärm. Dieses Messen mit ungleichen Ellen ist inakzeptabel. Wir plädieren wie auch die GLP für eine Stadt mit unterschiedlichen Tempolimiten.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Das Postulat ist wirkungslos und handelt seinen eigenen Intentionen zuwider. Wenn Markus Knauss (Grüne) sagt, man müsse aufgrund gesetzlicher Vorgaben den Lärm an der Quelle reduzieren und von einer Temporeduktion spricht, ist das genau das Gegenteil. Es ist eine Binsenwahrheit. Wenn man mit 30 km/h statt 50 km/h fährt, schaltet das Auto in einen tieferen Gang, die Tourenzahl steigt und somit steigt auch der Lärm. Die Temporeduktion ist völlig kontraproduktiv. Auch bezüglich der Sicherheit ist zu sagen: Wenn man durch die immer intoleranteren Tempokontrollen sich immer mehr auf den Tacho als auf die Strasse konzentrieren muss, verlängert sich die Reaktionszeit und damit der Bremsweg.

S. 250 35  
3515  
510101

**TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**  
Tiefbauamt  
Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>180.</b> Antrag Stadtrat	1 690 000		7 938 000	
			6 248 000	Zustimmung
				Enthaltung
Begründung:	SP/Grüne/GLP/AL: Veloverkehr bei Bauprojekten auch einplanen. Lärmschutzmassnahmen umsetzen. Verzicht bzw. Überdenken ungenügender Projekte wie z. B. Winzerstrasse, Max-Frisch-Platz; FDP: Fussgängeranlagen weniger luxuriös bauen, Kürzung bei nicht gebundenen Ausgaben			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

**593. 2014/382**

**Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 26.11.2014:  
Vermehrte Berücksichtigung von Velomassnahmen bei Strassenbauprojekten  
sowie Lärmsanierung von Strassen mit Massnahmen an der Quelle**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe Antrag 180. (Beschluss-Nr. 577/2014)

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 553/2014).

Mauro Tuena (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 75 gegen 49 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 34, Beschluss-Nr. 577/2014).

## **E i n g ä n g e**

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

## **K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2014, 13 Uhr.